



7. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2013/2014

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 7 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

1. Orlando Wyss (SVP):

Austritt von Dübendorf aus der SKOS

„In seiner Interpellation zum Austritt von Dübendorf aus der SKOS stellte Hans Baumann sechs Fragen, wobei er die wichtigste Frage vergass. Den Austritt aus einem Verein kann nur derjenige vollziehen, welcher auch den Eintritt vollzogen hat. Darum ist es wichtig zu wissen, ob der Stadtrat oder die Sozialbehörde seinerzeit den Eintritt in die SKOS beantragt hat.“

Fragen

1. Ist der Eintritt von Dübendorf in die SKOS noch anhand von Dokumentationen nachvollziehbar?
2. Wenn ja, wer hat seinerseits den Eintritt beantragt? War dies der Stadtrat in Person des Stadtpräsidenten oder die Sozialbehörde mit ihrem Präsidenten oder Präsidentin? Wenn nein, wieso ist dies nicht mehr nachvollziehbar?
3. Wieso ist der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort nicht von sich aus dieser Frage nachgegangen, da diese zentral ist. Nur diejenige Behörde, welche einen Eintritt beantragt, kann auch wieder den Austritt beantragen.“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

Er hoffe, dass der Kreis nicht wieder geöffnet und mit der Diskussion von vorne begonnen werde. Er versuche trotzdem, diese drei Fragen zu beantworten. Es sei nämlich aufgrund der Vordiskussion und den Ausführungen von Stadtrat Kurt Spillmann bereits fast beantwortet worden.

1. Wie Stadtrat Kurt Spillmann bereits ausgeführt hat, ist der Eintritt von Dübendorf in die SKOS nachvollziehbar.
2. Wie wir gesehen haben, wurde das Eintrittsgesuch seinerzeit von der Sozialvorsteherin unterschrieben. Der Stadtrat habe aus diesem Grund auch abklären lassen, was dieser Umstand für den Austritt bedeute. Aufgrund von Art. 64 Ziffer 2 des Gemeindegesetzes sei der Stadtrat zu einem anderen Beschluss gekommen als die Sozialbehörde. Nämlich, dass die Sozialbehörde keine Politik betreiben dürfe. Sie habe einen fixen Auftrag, nämlich ihre Gesuche zu behandeln.
3. Diese Frage sei angeschaut und nicht verschwiegen worden. Man habe alles abgeklärt und somit sollten jetzt eigentlich alle Fragen geklärt sein.

2. Orlando Wyss (SVP):

Dachkonstruktionen beim Bahnhof Stettbach

„Die Dachkonstruktionen beim Bahnhof Stettbach waren von Anfang an umstritten und führten auch zur Ablehnung des ersten Projektes. Nach der Vervollendung merkte man, dass man bei schlechtem Wetter nicht vor dem Wettereinfluss geschützt war. Es wurden kleine Massnahmen ergriffen, um diesen Missstand zu beheben, doch die Dächer, welche nach architektonischen Grundsätzen, aber nicht nach dem eigentlichen Zweck des Wetterschutzes errichtet wurden, blieben gleich. Auf der Rolltreppe nach dem Perron der S-Bahn wird man bei Regenwetter immer noch nass und auch auf dem Perron der S-Bahn selbst bleibt man im Bereich der Rolltreppe nicht trocken.“

Fragen

1. Hat der Stadtrat diese unbefriedigende Situation eigentlich schon selber bemerkt oder wird er von meiner Anfrage überrascht?



2. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, damit die unbefriedigende Situation bei schlechtem Wetter für die Bahnreisenden verbessert werden kann?“

Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Das Problem ist nichts Neues für den Stadtrat, wir sind somit nicht überrascht. Seit der Inbetriebnahme haben wir auf die Mängel hingewiesen. Daraufhin konnten verschiedene Massnahmen durchgeführt werden, wie bspw. der Einsatz von Glasscheiben. Weiter Massnahmen sind zurzeit nicht geplant.“

3. Stefan Kunz (SP):

Zukünftige Ausrichtung Dübendorfs bei der Einsparung von Energie und bei der Förderung von erneuerbaren Energien?

„Dass die Energiewende auch auf lokaler Ebene stattfinden muss, ist bei vielen unbestritten. So wurde auch das Postulat „Energiespar-Contracting“ an der Gemeinderatssitzung vom 1.10.2012 mit 20 zu 13 Stimmen überwiesen. In der Ratsdebatte nahm Stadtpräsident Lothar Ziörjen kurz Stellung. Er finde das Postulat von Matthias Maag sehr interessant. Allerdings sei der Stadtrat bereits an einem laufenden Verfahren zu diesem Thema. In der Fragestunde vom 5. November 2012 knüpfte ich hier an und stellte dem Stadtrat die beiden Fragen:

- 1) Welche Lösungsansätze werden in der von Lothar Ziörjen erwähnten Arbeitsgruppe diskutiert?
- 2) Welche Massnahmen zur Förderung der Photovoltaik beabsichtigt der Stadtrat umzusetzen?

Die Antwort des Stadtrates lautet:

„Es handelt sich hierbei um ein laufendes Verfahren. Im Moment sind zwei verschiedene Stellen am Arbeiten und schauen momentan alle möglichen Lösungsansätze an. Alles, was zur Verfügung steht wird zum jetzigen Punkt angeschaut. Auch im Bereich der Photovoltaik sieht es ähnlich aus. Eine Massnahme konnte bereits erfolgreich geplant werden (Werkhof). Weitere Möglichkeiten werden bei neuen Bauten jeweils angeschaut.“

„Die ersten Massnahmen werden voraussichtlich bis in einem Jahr umgesetzt.“

Fragen

1. Was ist der Stand des laufenden Verfahrens? Konnten die ersten Massnahmen umgesetzt werden?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

Nach wie vor sei es ein laufendes Verfahren und es seien verschiedene Einsparmöglichkeiten von Energie sowie der Förderung von erneuerbaren Energie in Prüfung. Es gebe hier ganz verschiedene Ebenen. Die eine Ebene sei, dass einzelne Gebäude (bspw. Alterszentrum und Werkhof) auf Tauglichkeit von entsprechenden Anlagen geprüft werden. Wenn bei anderen Gebäuden Renovationen notwendig werden, würden diese ebenfalls auf diese Tauglichkeit geprüft werden. Es seien aber auch weitere flankierende Massnahmen geplant. Das heisst, dass mit den entsprechenden Planungsfragen (bspw. bei Gestaltungsplänen) geprüft werde, ob man in dieser Richtung etwas bewirken könne. Mit entsprechenden Auflagen könne man hier Anreizsysteme schaffen. Auch in der Verwaltungsebene, bspw. im Zusammenhang mit Bauprojekten und Baugesuchen könne man im Energiebereich Unterstützung leisten. Es gebe aber noch ganz eine andere Ebene, nämlich diejenige der Beratung. Man sei daran, einen Weg zusammen mit Partnern einzuschlagen. Da es ein laufendes Verfahren sei, welches man nächsten Frühling gemeinsam bekannt machen wolle, möchte er jetzt nicht näher darauf eingehen. Er sei der Meinung, dass dieses Thema immer ein laufender Prozess sein werde und er befürchte, wenn Stefan Kunz sage, dass bei ihm eine „mittlere Unzufriedenheit“ herrsche, dass sich diese Unzufriedenheit jetzt noch verstärke. Es könne nicht immer so schnell etwas umgesetzt werden, wie man sich dies politisch vorstelle, da gewisse Entscheidungswege notwendig sind. Einer dieser Wege sei bspw. der Massnahmenplan Energiestadt. Dort habe man einen Massnahmenplan,



wo über mehrere Jahre hinweg die entsprechenden Massnahmen aufgelistet werden. Wenn diese genügend reif sind, werden sie eingefädelt und umgesetzt. Zu der Energiestadt gehörten jedoch nicht nur energetische Themen, sondern auch Themen im Bereich Verkehr und Förderung des ÖVs. Gemäss diesen erwähnten Ebenen könne immer wieder etwas neu präsentiert werden. Bei entsprechender Kreditsprechung könne man diese Massnahmen nachher auch umsetzen. Ein grosses Projekt im Bereich Energieeinsparung und Förderung erneuerbarer Energie werde das Alters- und Spitzzentrum sein.

4. Bruno Fenner (BDP):

Sanierung Untere Geerenstrasse / Tempo 30 vor dem Schulhaus Wil

„Die Sanierung der Unteren Geerenstrasse ist bald abgeschlossen. Beim Nüsslikreisel sieht man dazu eine lange gerade Strasse mit einer Breite von ca. 7,5 Metern. Es erinnert mich ein wenig an die Champs-Elysees. Ich will festhalten, dass der obere Bereich der Unteren Geerenstrasse mit Inseln und einen Brunnen ein erfreulicher Anblick ist. Ich will ihnen kurz vorlesen, was in der Weisung gestanden ist zu dieser Sanierung der Unteren Geerenstrasse: *Im März 2010 hat der Stadtrat gestützt auf das Legislaturprogramm 2006 – 2010 ein Konzept für sichere Schulwege ausgearbeitet. Dies erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von Stadt und Kanton. Darin werden die Schwachpunkte im Schulwegnetz analysiert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Signalisation „Achtung Kinder“ ist bei allen Querungen im Bereich von Schulen konsequent umgesetzt und mit der gleichnamigen Markierung ergänzt (Dreieck auf Strasse) worden. Im Zuge der Weiterbearbeitung wird geprüft, ob im Bereich aller Schulhäuser und Kindergärten eine Tempo 30-Zone realisiert werden kann. Die vorgesehenen Einengungen in der Unteren Geerenstrasse erzielen eine Temporeduktion. Solche Einengungen müssten aber vermutlich auch im Bereich vom Kreisel Wil bis zum Schulhaus ergänzt werden. Im Zuge der Weiterbearbeitung vom Gesamtverkehrskonzept wird geprüft, ob im Bereich aller Schulhäuser und Kindergärten eine Tempo 30-Zone realisiert werden kann. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, liegen die Mehrkosten bei Fr. 60'000.* So stand es wörtlich in der Weisung, wo wir diese Sanierung bewilligt hatten. Unbestritten über alle Parteien hinweg, dass Temporeduktionen vor Schulhäuser und Kindergärten Sinn machen. Dass der Stadtrat sein Legislaturziel ernst nimmt, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Aber in dieser Hinsicht bin ich bekanntlich ja ein wenig ein gebranntes Kind. Bereits in der Debatte im Gemeinderat habe ich dem Stadtrat nahegelegt, ja nicht mit faulen Ausreden zu kommen. Ich rate dem Stadtrat, vielleicht nochmals das Protokoll der entsprechenden Sitzung nachzulesen. Es wäre ein Schildbürgerstreich sondergleichen und es würde niemand verstehen, wenn man diese kleinen Einengungen, die man im Zusammenhang der Sanierung machen müsste, nicht erstellen würde. Und eines ist klar. Dass auf Druck der Bevölkerung oder Schule in dieser Situation Nachbesserungen mit viel höheren Kosten auf uns zukommen werden. Wer mich kennt sollte wissen, dass wenn ich mich in ein Thema verbissen habe, lasse ich nicht so schnell los.

Fragen

1. Wann werden diese zwei in Aussicht gestellten Einengungen realisiert?
2. Wann und mit wem vom Kanton wurden diese Gespräche geführt und wie sind diese ausgegangen?“

Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

1. „Es ist richtig, dass im Zuge des Gesamtverkehrskonzeptes die Zonen um die Schulen und Kindergärten auf Tempo 30 geprüft werden. Eine einzelne Strasse genügt der Kantonspolizei nicht für die Genehmigung einer Tempo 30-Zone. Es muss eine Zone geschaffen und mit einem Gutachten hinterlegt werden. Wenn dieses Gutachten durch die Kantonspolizei gutgeheissen wird, können die Verengungen gebaut werden. Das Gutachten kann aber erst erstellt



werden, wenn der IST-Zustand von der neu eingerichteten Strasse durch Messungen hinterlegt wird und ein Nachweis für Tempo 30 besteht.

2. Gespräche mit dem zuständigen Projektleiter bei der Kantonspolizei haben stattgefunden und wir sind dort auch weiterhin im Gespräch. Die vorhin angesprochene Signalisation ist auf die nächste Woche geplant. Was die zwei kleinen Inseln angeht, diese kann man jederzeit auch nachher darauf stellen. Dies wurde auch an anderen Orten bereits so gemacht.“

Gemeinderatspräsident Dominic Müller

Gemeinderatspräsident Dominic Müller weist auf Art. 55 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates hin, wo steht, dass die Fragen kurz sein sollen und eine Begründung unnötig sei.

Bruno Fenner (BDP)

„Habe ich richtig verstanden, dass diese Einengungen noch ausgeführt werden?“

Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Es muss zuerst ein Gutachten erstellt werden, um den IST-Zustand von dieser Strasse aufzuzeigen. Wenn mit dem Gutachten der Nachweis erbracht wurde, dass eine Einengung nötig ist, kann man diese nachträglich einrichten.“

5. Thomas Maier (GEU/glp):

Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse

„In den letzten Wochen war und ist, unter anderem, die Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse ein Thema. Auf dem Glattweg ist dort mittlerweile Velofahren verboten. Weiter hat der Stadtrat die Volksinitiative Tempo 50/30 mit dem Kernargument bekämpft, er bevorzuge punktuelle Massnahmen.“

Fragen

1. Wie beurteilt der Stadtrat allgemein die Verkehrssituation und im Speziellen die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden auf der Hermikonerstrasse zwischen Usterstrasse und Kunsteisbahn?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Der Stadtrat beurteilt die Verkehrssituation als nicht optimal. Wir wissen aber auch, dass eine Sanierung des Teilstücks Usterstrasse bis Kunsteisbahn in den Jahre 2015/2016 geplant ist. Die Bewohner wurden bereits mit Gesprächen involviert und werden auch in die weitere Projektierung miteinbezogen werden. Das Geschäft werde ebenfalls dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.“

6. Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne):

Bleibt die Spucke weg?

„Seit 1.1.2013 ist die neue Polizeiverordnung in Kraft. Darin steht im Artikel 16: *Es ist verboten, den öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Grund zu verunreinigen, namentlich durch Wegwerfen oder Liegenlassen von Kleinabfällen (Littering), Spucken, Verrichtung der Notdurft (inkl. Urinieren) an dafür nicht vorgesehenen Orten und dergleichen. Widerhandeln wird mit Busse bestraft. Spucken kostet Fr. 40.00, Urinieren kostet Fr. 80.00*

Nun ist allgemein bekannt, dass Vorschriften und Bussen nur dann etwas nützen, wenn diese auch geprüft werden. Daher meine Fragen:“

Fragen

1. Wie viele Bussen wurden basierend auf dem Artikel 16 der Polizeiverordnung bisher verteilt?



2. Ist eine bessere Einhaltung der allgemeinen Sauberkeit seit Einführung der neuen Verordnung mit den neuen Bussen feststellbar? Oder etwas salopp gefragt: Bleibt die Spucke weg?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

1. „Auf die erste Frage kann ich leider keine Antwort geben, da ich nicht weiss, ob schon einmal deswegen gebüsst worden ist. Ich werde diese Antwort aber gerne nachliefern.
2. Wir sind der Überzeugung, dass eine Verbesserung eingetroffen ist. Diese Ansicht teilt übrigens auch die SIP-Dübi (SIP = Sicherheit, Intervention, Prävention). Ich dazu aber sagen, dass dies eine subjektive Wahrnehmung ist.“

7. Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne): Geschwindigkeitskontrollen

„Vor kurzem stand ich auf der Bahnhofsbrücke und schaute in die Glatt, die ruhig dahin fliesst. Plötzlich wurde ich aus meinen Gedanken gerissen, als ein Motor aufheulte und ein Auto wie bei einem Autorennen vorbeiflitzte. Dass dabei die vorgeschriebenen 50 km/h nicht eingehalten wurden, war offensichtlich. Da wurde mir wieder bewusst, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen sinnvoll sind, aber nur dann, wenn diese auch eingehalten werden. Vorschriften, die nicht geprüft werden, bringen aber meist wenig. Daher meine Fragen:

Fragen

1. Wie oft und wo wird in Dübendorf die Einhaltung der Geschwindigkeit geprüft?
2. Wie viele der geprüften Fahrzeuge halten die Limiten ein und wie viele Überschreitungen gibt es?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

1. „Ich schätze, dass in Dübendorf mit dem Semistationären Gerät während ca. 25 Wochen gemessen werde. Die restliche Zeit wird es in Wangen-Brüttisellen eingesetzt, wo wir einen Anschlussvertrag haben. Ebenfalls gibt es gewisse Wartungsarbeiten, die zwischendurch anfallen. Ich werde diese Zahl aber gerne noch ganz genau nachliefern. Dazu kommen aber noch die durch die Stadt Dübendorf durchgeführten Messungen mit dem mobilen Dreibein und der Laserpistole. Wie der Einsatz dieser beiden Messinstrumente aussieht, werde ich aber auch noch mit dem Protokoll nachliefern.
2. Die Übertretungsquote ist seit der Einführung des semistationären Geräts massiv herunter gekommen. Ich habe im Kopf, dass die Übertretungen unter 2 % ausmachen. Wenn dies so ist, haben wir unser Ziel erreicht und die Übertretungsquoten heruntergebracht. Zugleich bekommen wir jeweils die Messresultate des Kantons, welche auch auf den Dübendorfer Strassen durchgeführt werden. Diese bewegen sich meistens zwischen 5 und 10 %. Die Kantonsstrassen kann die Stadtpolizei Dübendorf mit dem Dreibein messen und nicht mit dem semistationären Gerät. Dies ist eine Vereinbarung, da die Obhut bei der Kantonspolizei liegt. Wir sind aber an einem Vorstoss dran, dass wir unser semistationäres Gerät ebenfalls auf Kantonsstrassen aufstellen dürfen. Die Messungen werden durch die Stadtpolizei festgelegt, je nachdem wie die Strassen befahren werden. Denn es macht ja keinen Sinn, diese Messungen in einem Baustellenbereich zu machen. Zusätzlich werden auch Rückmeldungen aus der Bevölkerung entgegen genommen. Die Bahnhofstrasse wurde übrigens auch schon gemessen.“

Orlando Wyss (SVP)

„Ich habe einen allgemeinen Nachtrag zur Fragestunde. Wir bekommen jeweils vom Büro GR ein vorgedrucktes Formular und ich würde beliebt machen, dass man in der Fussnote eine Zeitbeschränkung macht, dass man bspw. für die Einleitung eine Minute Zeit brauchen kann. Somit würde jeder wissen, wie lange seine Einleitung sein darf und der Präsident könnte auch eingreifen, wenn diese zu



lange dauern würde. Denn die Einleitung von Bruno Fenner heute Abend war eigentlich eine Interpellation, welche einfach gerade sofort beantwortet wurde.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin